

Antrag Nr. 23 an die Mitgliederversammlung der LSV NRW e. V.

Antragsteller: **Seniorenrat der Stadt Bielefeld**

Thema: **Seniorenunfreundliche Politik der Landesregierung NRW**

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Der Vorstand wird gebeten, intensive Gespräche mit der Landesregierung NRW dahingehend zu führen, dass die teils umgesetzten und noch geplanten über Landesmittel geförderten Angebote für Senioren (siehe Begründung) wieder bzw. weiter aufgenommen werden.

Begründung:

Es stehen vier über Landesmittelgeförderte Angebote, die unmittelbar oder mittelbar Senior*innen zugutekommen, vor oder nach dem Aus.

1. Die Landesstelle Alter und Trauma (Ende 01/2018)
2. Landesprogramm Demenz-Servicestellen (Ende mit ursprünglicher Aufgabenstellung zu 01/2019, neue bisher nicht näher erläuterte Aufgabe „Alter und Service“. Demenz ist dann kein privilegiertes Thema mehr).
3. Landesfachstelle ZWAR (Aufgabe zum 01.01. 2020)
4. Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. an der TU Dortmund (Beendigung wann?)

Wohin steuert die Landespolitik?

Erkennbar ist eine Aufgabe präventiv ausgerichteter Angebote des Landes, gleichzeitig ist eine Schwerpunktsetzung in anderen Arbeitsfeldern nicht erkennbar. Die Arbeitsansätze, die bedroht sind, haben in der Regel entlastende Funktionen für die Kommunen übernommen. In Abweichung von den Tendenzen im Land wird auf wissenschaftlicher Ebene, aber auch in der Bundesrepublik, der Prävention als einer der wenigen Größen, die die Zunahme der Pflegebedürftigkeit beeinflussen können, das Wort geredet.

Wohin zielt das Land?

*Dr. Wolfgang Aubke
Seniorenrat Bielefeld
Bielefeld, 03.03.2019*